



UMFRAGE: ALTERSGRENZE FÜR SOCIAL-MEDIA-APPS

Im Auftrag des Landes Vorarlberg

Ausgangslage

Im Auftrag des Landes Vorarlberg wurde im November 2025 über die Jugend-Engagement-Plattform aha plus die Perspektiven und Sichtweisen von Vorarlberger Jugendlichen ab zehn Jahren zum Thema „**Social-Media: Verbote, Regelungen und Schutz Jugendlicher vor Risiken**“ eingeholt.

Die Online-Umfrage wurde rasch umgesetzt und war für neun Tage (22. bis 30.11.2025) über aha plus verfügbar. In diesem Zeitraum haben **613 Jugendliche** an der Umfrage teilgenommen und davon haben **99 Jugendliche aha plus Points** gesammelt.

Der hohe Rücklauf ist bemerkenswert. Mögliche Gründe dafür sind das große Interesse am Thema, die starke Betroffenheit der Jugendlichen sowie die durch das Land Vorarlberg geschaffene Möglichkeit zur aktiven Beteiligung, die insgesamt zu dieser hohen Resonanz beigetragen haben.

Trotz der hohen Zahl der Teilnehmenden ist die Umfrage aufgrund der Verteilung des Alters und des Bildungshintergrundes sowie der fehlenden Abfrage des Geschlechts im wissenschaftlichen Sinn nicht repräsentativ. Die Ergebnisse können als Stimmungsbild und Gesprächsbeitrag zum aktuellen Diskurs herangezogen werden.

Zusammenfassung

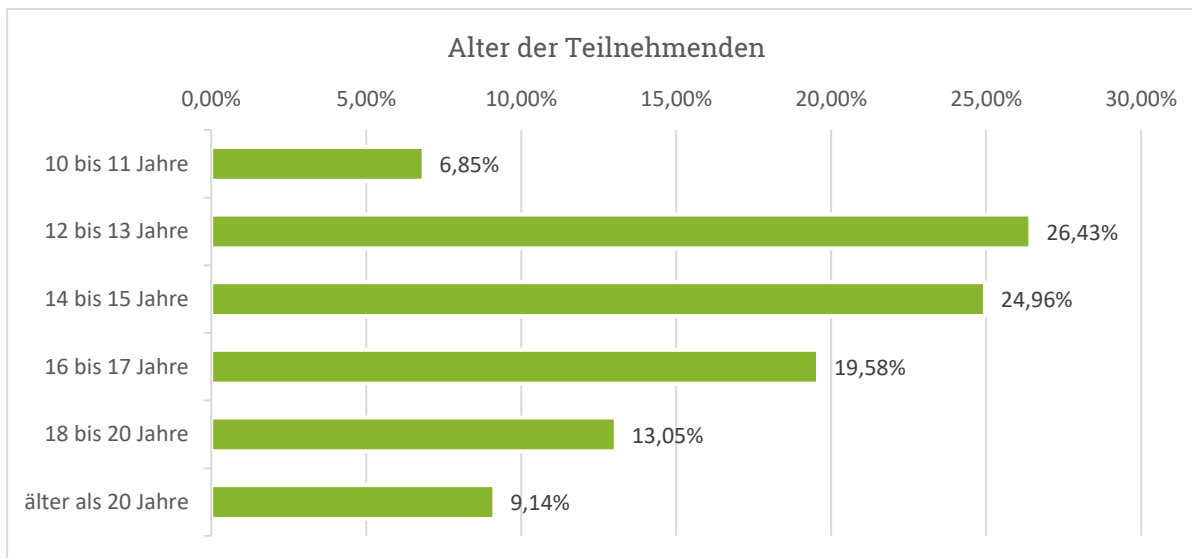
In einem kurzen Zeitraum haben sich außergewöhnlich viele Jugendliche an der Umfrage beteiligt und gezeigt, dass sie zu einem hohen Prozentsatz Social-Media-Apps nutzen und ein Bewusstsein dafür haben, dass diese Plattformen Risiken für Jugendliche bergen. Die Einschätzung für eine Altersgrenze wird von Plattform zu Plattform unterschiedlich bewertet und lädt ein, genauer hinzusehen, um die Gründe dafür zu erfahren. Jugendliche wünschen sich ein breites Unterstützungsangebot mit verschiedenen Anknüpfungspunkten an ihre Lebenswelt. Dieses Bild zeigt sich auch bei den Anliegen, die sie an die Politik in Bezug auf Sicherheit und Social-Media geäußert haben.

Mit aha plus haben wir ein Online-Tool, das einerseits Jugendlichen Teilhabe und Beteiligung ermöglicht und andererseits für politische Anliegen die Perspektive von Jugendlichen als Stimmungsbild sichtbar macht. Als aha Jugendinfo profitieren wir von den Ergebnissen der Umfrage, da diese direkt in die bereits etablierten und sehr gefragten Info- und Medienkompetenz-Workshops einfließen.



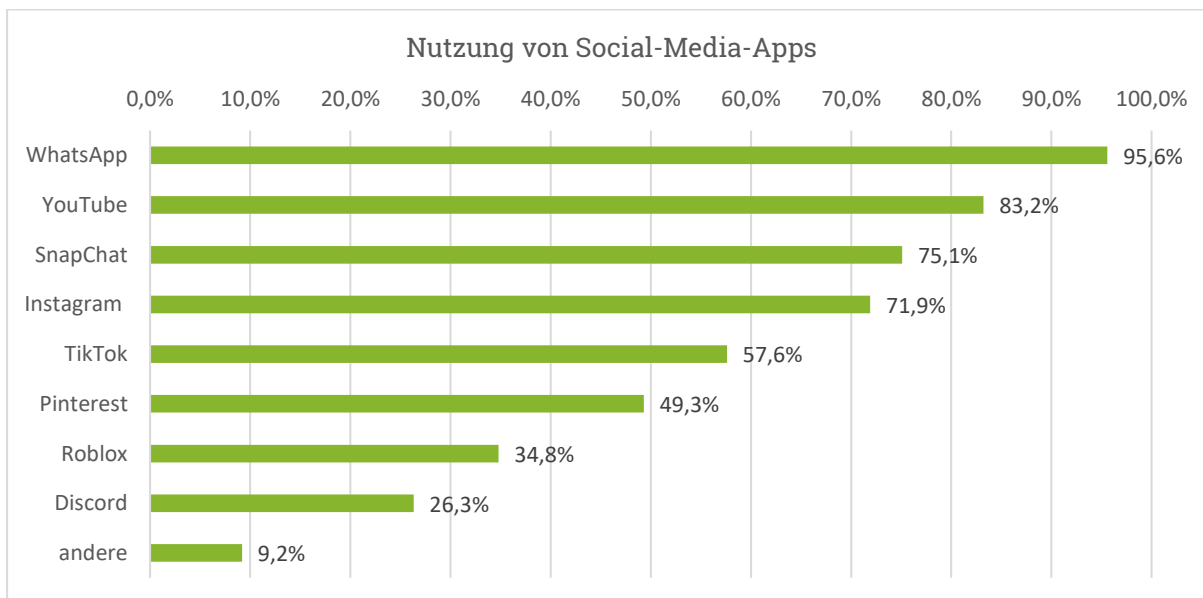
Informationen zu den Befragten

Es haben **613 Jugendliche** teilgenommen, die Altersverteilung ist wie folgt:



In Bezug auf den **Bildungshintergrund** überwiegen Schülerinnen und Schüler der Mittelschule (34 %) und der Berufsbildenden Schulen mit Matura (24,6 %). Unterrepräsentiert sind damit z. B. Lehrlinge (2,1 %).

92,5 % der befragten Jugendlichen sagen von sich, dass sie Social-Media-Apps nutzen.



Die abgefragten Social-Media-Apps lehnen sich an den Saferinternet.at-[Jugend-Internet-Monitor](https://www.saferinternet.at/jugend-internet-monitor) an und zeigen in vielen Bereichen ähnliche Nutzungsergebnisse.



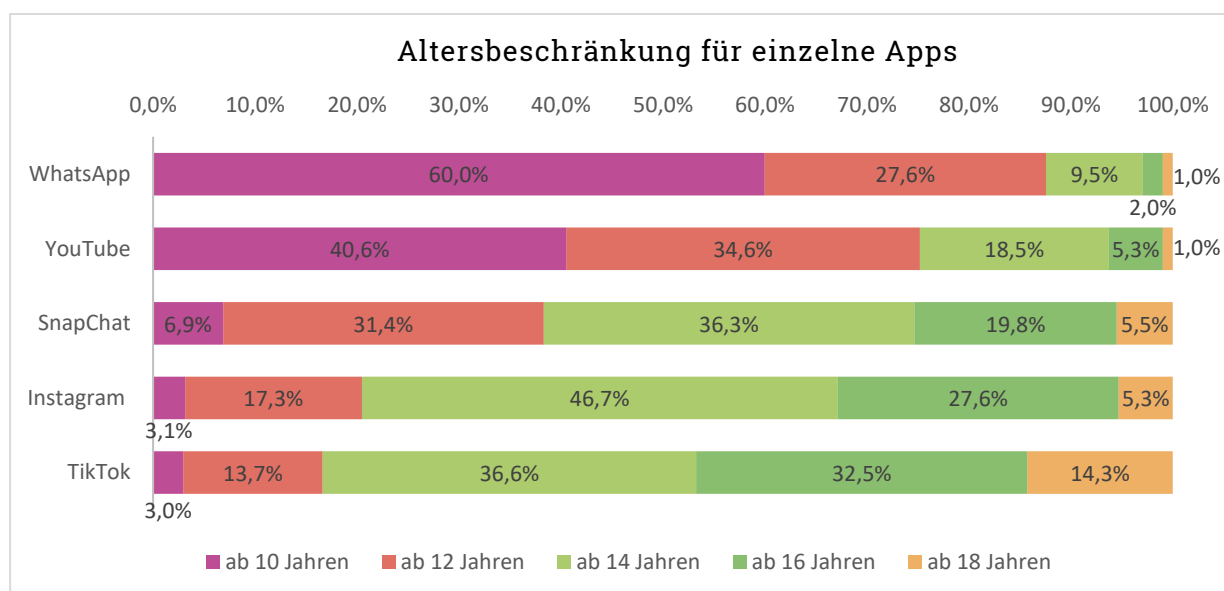
Altersbeschränkung für Social-Media-Apps

Eine große Mehrheit von 84,7 % der befragten Jugendlichen finden eine Altersbeschränkung für Social-Media-Apps sinnvoll.

Danach gefragt, welche App ab welchem Alter zugelassen sein sollte, zeigt sich eine sehr differenzierte Einschätzung der einzelnen Plattformen:

Während die befragten Jugendlichen **WhatsApp** mit 60 %, gefolgt von **Youtube** mit 40,6 % schon für 10- bis 11-Jährige zulassen würden, bekommen SnapChat, Instagram und TikTok für diese Altersgruppe Prozentzahlen im nur einstelligen Bereich.

Besonders **Instagram** und **TikTok** würden die befragten Jugendlichen mehrheitlich frühestens ab 14 bzw. 16 Jahren freigeben.



Die Gründe für die unterschiedliche Einschätzung der einzelnen Apps können dieser Umfrage nicht entnommen werden, wären aber in einer weiterführenden Erhebung durchaus interessant.

15,3 % finden eine **Altersbeschränkung nicht sinnvoll**. Ihre Hauptargumente sind:

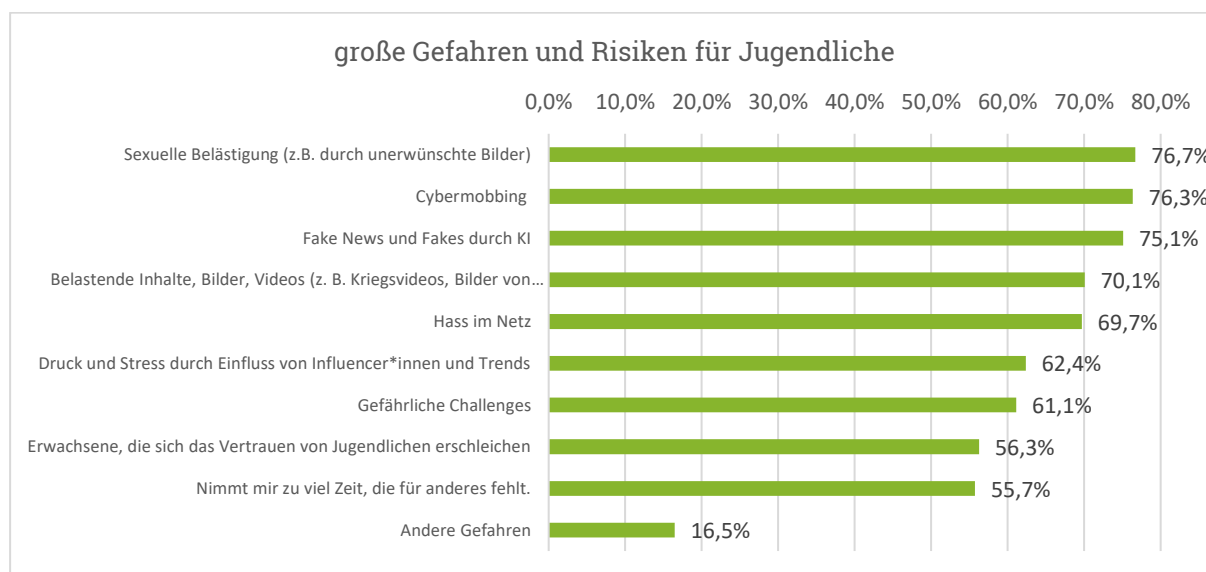
- Altersbeschränkungen sind **wirkungslos**. Sie werden erfahrungsgemäß häufig umgangen. Gefordert werden strengere Regelungen des Zugangs und mehr Kontrolle durch Eltern und Politik.
- Das Erlernen eines **verantwortungsvollen Umgangs** mit Social-Media-Apps wird durch Verbote verhindert.
- **Selbstbestimmung** und **persönlicher Nachteil**: Jugendliche wollen nicht auf den Konsum von Social-Media-Apps verzichten. Sie sehen unter anderem durchaus auch die Vorteile des Verbundenseins und der Kommunikation mit anderen.



O-Ton: „Da es vielen Leuten den Spaß am Handy wegnimmt und man vielleicht auch Freunde verliert, die man über soziale Medien kennengelernt hat.“

Einschätzung zu Risiken im Umgang mit Social-Media-Apps

Werden Jugendliche nach den großen Gefahren und Risiken gefragt, antworten 91 %, dass es aus ihrer Sicht Gefahren und Risiken gibt. Als große Gefahren/Risiken eingeschätzt werden:



Bemerkenswert sind die hohen Prozentzahlen zwischen 55 % und rund 77 % bei der Bewertung der Risiken, die besagen, dass jede und jeder zweite bzw. drei von vier Jugendlichen die angeführten Gefahren als Risiko bewerten.

Umgang mit belastenden Inhalten

Die befragten Jugendlichen nennen zahlreiche Maßnahmen, wie mit belastenden Inhalten gut umgegangen kann und wie diese vermieden werden können. An erster Stelle steht das **Gespräch mit Vertrauenspersonen**: Hier werden sehr häufig die Eltern erwähnt, aber auch Lehr- und Fachpersonen.

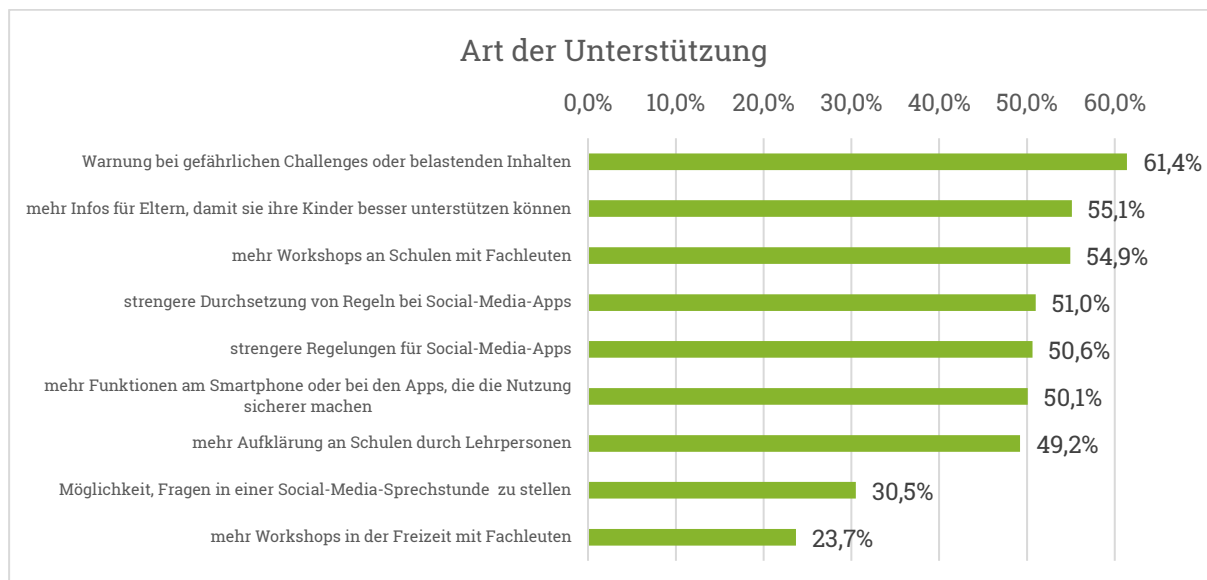
Besonders auffallend ist der **Wunsch der befragten Jugendlichen nach Aufklärung sowohl für Jugendliche als auch für Eltern und Lehrpersonen**. Der Förderung der Informations- und Medienkompetenz der Eltern kommt hier ein großer Stellenwert zu, weil sie besonders häufig als erste Bezugs- und Vertrauenspersonen genannt werden – sowohl für Gespräche als auch für Entscheidungen, ab welchem Alter ein Smartphone oder diverse Social-Media-Apps, Videogames und andere Angebote genutzt werden dürfen.

Als weitere Möglichkeiten im Umgang mit belastenden Inhalten werden „Vermeidungsstrategien“ wie Filter setzen genannt und als Konsequenz das Melden von unangemessenen Inhalten oder auch unerwünschtem Verhalten.

Auch die Wichtigkeit des Selbstschutzes, indem keine persönlichen Daten oder Porträtbilder gepostet werden, bringen einige der befragten Jugendlichen ein.



Wunsch nach Unterstützung



Der Großteil der angeführten Unterstützungsangebote wird von mehr als der Hälfte der Jugendlichen als positiv bewertet. Am wertvollsten erscheint eine Warnung bei gefährlichen Challenges oder belastenden Inhalten.

Elternbildung, Workshops mit Fachpersonen und strengere Regeln sowie deren Durchsetzung werden als ebenso wichtig erachtet wie mehr Funktionen am Smartphone bzw. den Apps für eine sicherere Nutzung.

Mehr Aufklärung an Schulen wird als noch wichtiger als eine Social-Media-Sprechstunde eingeschätzt, wobei auch knapp ein Drittel der befragten Jugendlichen diese als wertvoll erachtet. Von diesem Drittel wünschen sich 64,7 % eine Social-Media-Sprechstunde an der Schule.

Inputs von Jugendlichen:

- *KI-Workshop*
- *Handyführerschein*
- *Eine KI filtert gefährliche Inhalte heraus.*
- *Auf sportliche Alternativen setzen*
- *Zeitlimits für Apps am Smartphone einstellen können*
- *Datenschutzrichtlinien erhalten und „gläsernen Menschen“ vermeiden*
- *„Am besten nehmen junge Leute solche Aufklärungsarbeiten auf, wenn sie von einer Person kommt, die sie gerne mögen. Z. B. ihr Lieblingsinfluencer erzählt darüber oder der beste Kumpel zeigt einem die neueste Trendchallenge und sagt dazu, wie dumm und gefährlich das Ganze doch ist.“*



Erwartungen an die Politik

In diesem offenen Textfeld konnten befragte Jugendliche ihre Erwartungen an die Politik beim Thema Social-Media und Sicherheit formulieren. Besonders häufig wurde genannt:

- *Klarere Regeln und strengere Kontrollen (97 Nennungen)*
- *Mehr Info und Aufklärung in der Schule (34 Nennungen)*
- *Internet und Social Media „sicherer machen“ (21 Nennungen)*
- *Mehr Info und Aufklärung allgemein (18 Nennungen)*

Weiters:

- *Eltern Verantwortung überlassen und Elternbildung*
- *Verbote für bestimmte Inhalte*
- *Geld für Unterstützung bereitstellen*
- *Keine Fake News*
- *Härtere Strafen für Vergehen im Internet*
- *Warnungen für bestimmte Inhalte/gefährliche Trends aussprechen*
- *Besserer Datenschutz*
- *Plattformen/Social-Media-Konzerne in die Pflicht nehmen*
- *Jugendliche mehr beteiligen*

Um konkrete Anliegen formulieren zu können, müsste eine weitere Erhebung (z. B. in Form von Fokusgruppen) erfolgen.

Inputs von Jugendlichen

„Mehr Kontrollen bei Älteren, die junge Leute belästigen --> höhere Strafen“

„Wichtig wäre mir, dass die Politik auch den Eltern die Möglichkeit gibt, sich in (Online-) Kursen, kleinen Heftchen/Flyern drüber zu informieren, um ihre Kinder bestmöglich zu unterstützen und zu schützen (weil Eltern selbst oft nicht von allen Gefahren wissen).“

„Ich würde erst einmal nichts verbieten, denn obwohl das alles sehr gefährlich sein kann, macht es mich zum Beispiel oft auch glücklich. Also würde ich einfach die Leute mehr informieren und jungen Menschen erklären, wie man sich schützen kann und Handyzeit empfehlen.“

„Man kann das Alter auf den Plattformen ganz einfach fälschen. Evtl. sollte man das etwas ernster nehmen.“

Stand 12/2025